

KONVENT DER 33

SYNOPSIS: SECHSTE SITZUNG vom 08.07.2016

Grundsatzdiskussion zu

MINDERHEITENSCHUTZ

Beginn Sitzung: 18.00 Uhr

Ende Sitzung: 21.02 Uhr

Anzahl der abwesenden Mitglieder: 10

(Clementi Francesco, Corrarati Claudio, Geier Verena, Haberer Katharina, Lun Margareth, Mairhofer Beatrix, Perathoner Christoph, Ploner Edith, Sassi Olfa, Senesi Laura)

Wortprotokoll: abrufbar auf www.konvent.bz.it

(Anzahl der Wörter: 16.894; Seiten: 55)

Schlagwörter: Schule, Sprache, Proporz, Schutz, Zweisprachigkeit

Wortmeldungen: 45; Personen, die sich zu Wort gemeldet haben: 20

Allgemeine Vorbemerkungen

Es sei darauf hingewiesen, dass es sich bei den Zusammenfassungen der Sitzungen des Konvents der 33 nicht um ein Ergebnisprotokoll handelt, sondern um eine Synopse rein inhaltlicher Natur. Aufgezeichnet werden die verschiedenen Positionen bzw. Vorschläge, die während der Sitzungen aufgeworfen wurden. Dabei wird keine Wertung der Aussagen vorgenommen und keine repräsentative Grundgesamtheit gesucht. Ebenso wird von jeglicher politischer Wertung, einer wissenschaftlichen Analyse und der namentlichen Nennung der Konventsmitglieder abgesehen. Eine Ausnahme wird in Bezug auf Impulsgeber oder Experten gemacht, die während der Sitzungen referieren. Die Synopse wird von der EURAC in deutscher Sprache verfasst und zur Freigabe dem Präsidium des Konvents der 33 übermittelt. Nach dem Aufzeichnen von Grundsätzlichem und den Kernaussagen wird – sofern vorhanden – auf Dokumente verwiesen, die in den Sitzungen andiskutiert bzw. dem Konvent der 33 übermittelt wurden und für dessen Arbeit relevant sind (Anlagen in Originalsprache). Aufzählungen erfolgen im Regelfall in alphabetischer Reihenfolge. Beim Verfassen der Synopsen bemüht man sich um die Verwendung geschlechtsneutraler Begriffe, doch sei darauf verwiesen, dass alle nicht geschlechtsneutral verwendeten Begriffe durchgehend für die weibliche wie männliche Bezeichnung stehen. Die Wortprotokolle und die Aufzeichnungen der Sitzungen sind auf www.konvent.bz.it unter Dokumente bzw. Videos abrufbar.

1. Kernaussagen der verschiedenen Gesprächsbeiträge

a) Grundsätzliches zum Minderheitenschutz

Einerseits müsse man den Erfolg der Minderheitenschutzinstrumente und die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anerkennen und berücksichtigen: der Minderheitenschutz funktioniere heute jedoch anders als 1972, da sich die Situation in und um Südtirol geändert habe. Die Gesellschaft in Südtirol habe sich geändert, die europäische Dimension hat an Bedeutung gewonnen, Mobilität in der Bevölkerung sei wichtiger denn je, es gebe mehr Migration und der Grad der Selbstverwaltung sei gestiegen (Übertragung von Befugnissen an die autonomen Provinzen). Andererseits müsse man genau aufgrund des Erfolgs der Minderheitenschutzinstrumente nicht an den „Grundpfeilern des Minderheitenschutzes“ (Sprachgruppenzugehörigkeit, Recht auf muttersprachlichen Unterricht, Proporz) rütteln; es sei ausreichend die praktische Anwendung – sofern notwendig – an die Realität anzupassen (was auch schon gesehen sei). Vor dem Hintergrund der jetzigen Teilautonomie und des derzeitigen nationalstaatlichen Kontexts sei es gefährlich mit den Schutzmechanismen „autonomiepolitischen Neoliberalismus“ zu betreiben. Hätte man mehr als nur eine „Teilautonomie“, könne man auch liberaler über die Grundpfeiler des Minderheitenschutzes diskutieren. Die Trennung der Sprachgruppen habe das friedliche Zusammenleben unterstützt und sei noch immer ein Garant dafür.

b) Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung

In Bezug auf die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung wird folgendes angeführt:

- wenn eine Südtirolerin oder ein Südtiroler die Erklärung nicht gleich bei Erreichen der Volljährigkeit abgibt, müsse man 18 Monate warten, bis diese ihre Gültigkeit erlangt. Bei Unterlassung (auch durch Vergessen bzw. Auslandsaufenthalt) ergeben sich Schwierigkeiten, sobald man z.B. an einem Wettbewerb für öffentliche Stellen teilnehmen möchte. Für Migrantinnen und Migranten gelte diese Regelung nicht, was eine Benachteiligung für die in Südtirol geborenen Bürgerinnen und Bürger bedeute. Folglich sollte es möglich sein, die erste Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung mit sofortiger Gültigkeit jederzeit ablegen zu können. Hierzu wird angemerkt, dass gebürtige Südtirolerinnen und Südtiroler über diese Regelung Bescheid wissen sollten und es in ihrer Verantwortung liege, die Erklärung zu machen. Migrantinnen und Migranten würden diese Regelung nicht kennen, weswegen die unterschiedliche Regelung nachvollziehbar sei. Auch würden Südtirolerinnen und Südtiroler bei Erreichen der Volljährigkeit von der Gemeinde hierzu informiert.
- die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung sei beizubehalten, da keine Sprachgruppe benachteiligt werde und sie zum Wohle aller sei.
- bzgl. der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung wird zu bedenken gegeben, dass besonders Migrantinnen und Migranten sowie neue Mitbürgerinnen und Mitbürger „etwas deklarieren müssen, was sie nicht sind“. Auch für gemischtsprachige Familien sei dies ein Problem.

c) Ansässigkeitserklärung (Art. 25 Autonomiestatut)

Die Ansässigkeitsklausel von vier Jahren zur Ausübung des Wahlrechts sei aufzuweichen und evtl. auf ein Jahr herunterzusetzen (Bsp. Trentino). Es sei nicht mehr so, dass Südtirol „von Italienern überrannt“ werde. Dem entgegengehalten wird, dass die Ansässigkeitsklausel so, wie sie derzeit ist, aufrechterhalten werden müsse. Sie sei solange notwendig, bis Südtirol „militärfrei“ ist. Diskutiert wird auch, dass die Ansässigkeitsklausel gegen Unionsrecht verstoße. Dem entgegengesetzt wird, dass das Wahlrecht immer noch Kompetenz der Mitgliedsstaaten sei, womit das Unionsrecht keine Anwendung finde.

d) Proporz, Mehr- und Zweisprachigkeit

In Bezug auf den Proporz wird folgendes festgehalten:

- Er habe sich bewährt und er „funktioniert“. Die Proporzregelung habe Südtirol ein friedliches Zusammenleben zwischen den drei Sprachgruppen gebracht, es sei ein „Instrument des Ausgleichs“. Der Proporz sei folglich im Interesse „aller drei Sprachgruppen“.
- Man könne andeuten, den Proporz aufzuweichen und ihn als Instrument im Sinne einer „Handbremse“ umzugestalten
- Der Proporz sei in der Realität bereits in einigen Bereichen (z.B. Dekret Nr. 354/97) aufgeweicht worden und werde flexibel gehandhabt (Bsp. Sanität: Anstellung von Fachpersonal durch Werkverträge und somit ohne Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung. Dem entgegengehalten wird, dass gerade in der Sanität die Werkverträge zurückgegangen seien und es Fakt sei, dass manche Ärzte nicht die Notwendigkeit sehen, die deutsche Sprache zu erlernen.
- In manchen Bereichen in Südtirol können gewisse Stellen nicht nachbesetzt werden, da es zu wenig Bewerberinnen und Bewerber gewisser Sprachgruppen gebe.
- der Proporz und die Bestimmungen zur Zweisprachigkeit seien auch auf die (staatliche) Polizei anzuwenden.
- Öffentliche Dienstleistungen werden an private Firmen (z.B.: SASA, SAD, Ferrovie Statali, Uni Bozen) vergeben, die, auch aufgrund der Schwierigkeit qualifiziertes Personal zu rekrutieren, in unterschiedlichem Maße kaum oder gar nicht den Proporz und die Zweisprachigkeit beachten.
- Die Mehrsprachigkeit sei ein Mehrwert für Südtirol und im europäischen Kontext sehr wichtig.
- Die Zweisprachigkeit sei in Südtirol in gewissen Bereichen nicht garantiert (z.B. auf Beipackzetteln von Medikamenten).

e) Mehrsprachigkeit mit Fokus auf Schule

In Südtirol sei einerseits der Erwerb der Muttersprache, andererseits die Förderung der Mehrsprachigkeit notwendig (besonders um die Zwei- bzw. Dreisprachigkeit in der öffentlichen Verwaltung zu garantieren). Man müsse ein Gleichgewicht zwischen diesen beiden Zielen schaffen. Es sei notwendig, die Grundpfeiler (Gleichstellung der Sprache, muttersprachlicher Unterricht) des Minderheitenschutzes beizubehalten. Das Beherrschen der Muttersprache sei grundlegend und das Erlernen besonders im Kindergarten- und Volksschulalter unerlässlich. Deshalb solle Art. 19 des Autonomiestatuts nicht abgeändert werden; seine praktische Anwendung und Umsetzung sei hingegen Aufgabe der Regierung und könne veränderten Rahmenbedingungen Rechnung tragen.

Die drei Schulmodelle (deutsche, italienische, ladinische) sollen beibehalten werden und Eltern sollen weiterhin das Recht haben zu entscheiden, welche Schule ihre Kinder besuchen.

Als Alternative zu den drei klassischen Schulmodellen solle ein „Zusatzangebot“ der mehrsprachigen Schule geschaffen werden. Dies sei auch der Wunsch vieler „gemischtsprachiger“ Familien (dem entgegengesetzt wird, dass jene nur 1,6% der Südtiroler Bevölkerung ausmachen). Dieses Zusatzangebot des „mehrsprachigen Unterrichts“ solle nur Wirklichkeit werden wenn genügend Nachfrage bestünde und dürfe nicht anstelle des Angebots des muttersprachlichen Unterrichts eingerichtet werden. Eine Abänderung des Artikels 19 im Autonomiestatut könne dies ermöglichen. Dem entgegengehalten wurde, dass eine Abänderung des Artikels 19 im Autonomiestatut nicht notwendig sei, da ein solches Zusatzangebot von der Regierung geregelt werden könne.

Angemerkt wird, dass es unmöglich sei, ein Angebot von mehrsprachigen Schulen in der Peripherie zu schaffen. Auch wird bemerkt, dass ein „Zusatzangebot“ nicht notwendig sei, um Fremdsprachen ausreichend zu erlernen. Es sei wichtig, die Methoden des Sprachenunterrichts zu überdenken. In Europa gebe es mit einigen wenigen Ausnahmen kaum mehrsprachige Schulen. Die Qualität des Fremdsprachenunterrichts sei in den Schulen generell zu verbessern. Man solle im Unterricht die Zweitsprache für den „mündlichen Gebrauch“ stärker unterrichten, denn man sehe, dass, trotz der vielen Stunden an Unterricht in der Zweitsprache, die Schülerinnen und Schüler unzureichende Sprachenkenntnisse aufweisen. Auch Zusatzangebote wie z.B. telematische Sprachkurse sollen genutzt werden. Es sei wichtig „Sprachebenen“ zu schaffen und den Schülerinnen und Schülern Interaktionsmöglichkeiten zu geben. Auch im mehrsprachigen Belgien existieren hauptsächlich einsprachige Schulen und das funktioniere gut. Die Beispiele Aosta oder Elsass, in denen es zweisprachige Schule gebe, seien eher bedenklich. Dort gebe es eine negative, irreversible Sprachentwicklung. Aus diesem Grund solle man mit „Experimenten“ vorsichtig sein.

Grundsätzliche gelte, je mehr Eigenständigkeit Südtirol habe (primäre Kompetenzen), umso „großzügiger“ solle Südtirol mit dem Thema Mehrsprachigkeit umgehen. Für das Land sei es unerlässlich die primäre Kompetenz im gesamten Bereich Schule zu erhalten (Personalwesen/Lehrerdienstrecht; Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitswochenstunden im Berufsbildungsbereich; Anerkennung von Abschlussprüfungen; Bewertungskriterien; etc.).

Positiv sei, dass laut einer Studie bereits 70% der Südtiroler Betriebe die Mehrsprachigkeit leben (siehe auch Universität Bozen). Bedenklich sei dabei aber, dass 50% der Befragten angaben, sie hätten Schwierigkeiten sich in der anderen Landessprache zu verständigen. Generell sei es deshalb wichtig, die Zweisprachigkeit in den Schulen zu garantieren und zu fördern.

Ein konkreter Vorschlag in Bezug auf das Schulwesen ist die Schaffung eines gemeinsamen Schul- und Kulturassessorats. Auch gemeinsame Rangordnungen können angedacht werden.

Angesprochen wird zudem, dass Migrantinnen und Migranten aus nicht EU-Ländern, die über 16 Jahre alt sind und zum ersten Mal in Italien einreisen, sich aufgrund der Unterzeichnung des sogenannten Integrationsabkommens mit dem italienischen Staat zur Erlernung der italienischen Sprache innerhalb von 2 Jahren (um ein Jahr verlängerbar) verpflichten. Hier solle in Südtirol die

deutsche Sprache der italienischen Sprache gleichgestellt werden und es müsse möglich sei, den Abschlusstest auch in deutscher Sprache abzulegen.

Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass der Konvent der 33 im Rahmen der Arbeiten auch ausführlich über die Situation der Ladinier sprechen solle.

2. Anlagen

- Gesetzesvertretendes Dekret Nr. 354/1997
- 2. Autonomiestatut: DPR Nr. 670/1972
- Landesgesetzentwurf Nr. 67/2015

CONVENZIONE DEI 33

SINOSSI: SESTA RIUNIONE del 8.07.2016

Discussione di principio sulla

TUTELA DELLE MINORANZE

Inizio della riunione: ore 18.00

Termine della riunione: ore 21.02

Numero dei membri assenti: 10

(Clementi Francesco, Corrarati Claudio, Geier Verena, Haberer Katharina, Lun Margareth, Mairhofer Beatrix, Perathoner Christoph, Ploner Edith, Sassi Olfa, Senesi Laura)

Resoconto integrale: scaricabile dal sito: www.convenzione.bz.it
(numero delle parole: 16.894; pagine: 55)

Parole chiave: scuola, lingua, proporzionale, tutela, bilinguismo

Interventi: 45; persone che hanno chiesto la parola: 20

Osservazioni preliminari di carattere generale

Si fa presente che la sintesi delle riunioni della Convenzione dei 33 non rappresenta un verbale redatto in forma riassuntiva circa i risultati ma una sinossi circa il mero contenuto. Vengono registrate le diverse posizioni e proposte che emergono dalle riunioni, senza valutare le affermazioni espresse e senza cercare una totalità rappresentativa. Allo stesso modo si prescinde da qualsiasi valutazione politica, da un'analisi scientifica e dalla citazione dei nominativi dei componenti la Convenzione; un'eccezione viene fatta per i promotori oppure per gli esperti che tengono delle relazioni durante le riunioni. La sinossi viene redatta in lingua tedesca dall'EURAC e trasmessa per l'approvazione all'Ufficio di presidenza della Convenzione dei 33. Dopo la registrazione di aspetti sostanziali e di affermazioni centrali si fa riferimento a documenti – purché presenti - che sono stati discussi durante le riunioni o che sono stati trasmessi alla Convenzione dei 33 e che sono importanti per il suo lavoro (allegati in lingua originale). Le elencazioni di norma avvengono in ordine alfabetico. Nella redazione delle sinossi ci si adopera affinché vengano utilizzati concetti neutri rispetto al genere, tuttavia si fa presente che tutti i concetti utilizzati non sono neutri rispetto al genere ma che comunque sono da intendersi come concetti che valgono sia per la forma maschile sia per quella femminile. I verbali integrali e le registrazioni delle riunioni sono disponibili sul sito www.convenzione.bz.it sotto documenti o video.

1. Affermazioni sostanziali dei diversi interventi

a) Aspetti fondamentali relativi alla tutela delle minoranze

Da un lato bisogna riconoscere e considerare il successo degli strumenti della tutela delle minoranze e le mutate condizioni quadro di carattere sociale; la tutela delle minoranze oggi funziona in modo diverso rispetto al 1972, poiché la situazione in Alto Adige/Südtirol ed attorno a tale provincia è cambiata. La società altoatesina è cambiata, la dimensione europea ha acquisito significato, la mobilità della popolazione è più importante che mai, vi è una maggiore migrazione ed il grado di autonomia è aumentato (trasferimento di competenze alle province autonome). D'altro canto non bisognerebbe minare i "pilastri della tutela delle minoranze" (appartenenza linguistica, diritto all'insegnamento nella propria madrelingua, proporzionale) proprio tenendo presente il successo degli strumenti di tutela delle minoranze; è sufficiente adeguare l'applicazione pratica – purché necessaria – alla realtà (cosa già vista). Davanti allo sfondo dell'autonomia parziale attuale e del contesto nazionale attuale, sarebbe pericoloso utilizzare i meccanismi di tutela per realizzare un "neoliberalismo autonomistico". Se si possedesse più di una mera "autonomia parziale", si potrebbe discutere più liberalmente dei pilastri della tutela delle minoranze. La separazione tra i gruppi linguistici ha sostenuto la convivenza pacifica e ne è ancora un garante.

b) Dichiarazione di appartenenza linguistica

Per ciò che attiene la dichiarazione di appartenenza linguistica viene citato il seguente:

- se un cittadino od una cittadina dell'Alto Adige/Südtirol non rende la dichiarazione al compimento del 18° anno di età, bisogna attendere 18 mesi affinché tale dichiarazione sia valida. Nel caso di omissione (anche per dimenticanza o soggiorno all'estero) risultano delle difficoltà, ad es. non appena si vuole partecipare ad un concorso bandito per un posto pubblico. Per le migranti ed i migranti questa norma non vale a discapito delle cittadine e dei cittadini nati in Alto Adige. Pertanto dovrebbe essere possibile rendere la prima dichiarazione di appartenenza linguistica con effetto immediato in qualsiasi momento. A tale riguardo si annota che le sudtirolesi ed i sudtirolesi autoctoni dovrebbero essere a conoscenza di questa regolamentazione e ricade nella loro responsabilità rendere la dichiarazione. Le migranti ed i migranti non conoscono questa regolamentazione, per cui è comprensibile la diversa disciplina. Inoltre le sudtirolesi ed i sudtirolesi al raggiungimento della maggiore età verrebbero informati a riguardo dal comune.
- La dichiarazione di appartenenza linguistica deve essere mantenuta poiché non svantaggia alcun gruppo linguistico e va a vantaggio di tutti.
- Per ciò che attiene la dichiarazione di appartenenza linguistica viene considerato attentamente il fatto che in particolare le migranti ed i migranti nonché le nuove concittadine ed i nuovi concittadini "debbono dichiarare qualche cosa che non sono". Anche per le famiglie mistilingui ciò costituisce un problema.

c) Dichiarazione di residenza (art. 25 dello Statuto di autonomia)

La clausola di residenza quadriennale per l'esercizio dell'elettorato attivo deve essere ammorbidita ed eventualmente diminuita ad un anno (esempio trentino). Non accade più che l'Alto Adige sia "travolto" da "italiani". Viene obiettato che la clausola di residenza deve essere mantenuta nella sua forma attuale. Sarà necessaria fintanto che l'Alto Adige non sarà "privo di forze armate". Viene discusso se la clausola sulla residenza contrasti con il diritto dell'Unione

Europea. A ciò viene contrapposto che il diritto di voto è competenza dei Paesi membri, pertanto il diritto dell'Unione Europea non trova applicazione.

d) Proporzionale, plurilinguismo e bilinguismo

Per ciò che attiene la proporzionale viene precisato quanto segue:

- ha dimostrato la sua validità e "funziona". La disciplina della proporzionale ha portato all'Alto Adige/Südtirol una convivenza pacifica tra i tre gruppi linguistici e costituisce uno "strumento di equilibrio".
- La proporzionale ricade pertanto "nell'interesse di tutti e tre i gruppi linguistici".
- Si potrebbe ipotizzare di ammorbidire la proporzionale ed articolarla quale strumento inteso come un "freno a mano".
- La proporzionale è già stata ammorbidita in alcuni settori (ad es. decreto 354/97) e viene applicata in modo flessibile (esempio del settore sanitario: assunzione di personale specializzato attraverso dei contratti d'opera e pertanto senza dichiarazione di appartenenza linguistica). Viene obiettato che proprio nel settore della Sanità i contratti d'opera sono diminuiti ed è un dato di fatto che determinati medici non riconoscano la necessità di apprendere la lingua tedesca.
- In determinati settori altoatesini alcuni posti non sono stati coperti poiché vi era un numero insufficiente di candidati di un determinato gruppo linguistico.
- La proporzionale e le norme sul bilinguismo devono essere applicate anche alla polizia (statale).
- Servizi pubblici sono assegnati a ditte private (es. SASA, SAD, Ferrovie dello Stato, Libera Università di Bolzano) che sulla base delle difficoltà di reclutare personale qualificato, in misura differente non osservano per nulla il bilinguismo oppure vi provvedono in misura insufficiente.
- Il plurilinguismo è un valore aggiunto per l'Alto Adige ed è molto importante nel contesto europeo.
- In determinati settori sudtirolesi (ad es. foglietto illustrativo dei farmaci) il bilinguismo non è garantito.

e) Plurilinguismo con focus sulla scuola

In Alto Adige/Südtirol è necessario da un lato l'apprendimento della madrelingua e dall'altro la promozione del plurilinguismo (in particolare per garantire il bilinguismo ed il trilinguismo nella pubblica amministrazione). Bisogna creare un equilibrio tra questi due obiettivi. E' necessario mantenere le colonne portanti della tutela delle minoranze (equiparazione linguistica, insegnamento nella madrelingua). La padronanza della madrelingua è fondamentale ed indispensabile il suo apprendimento alla scuola dell'infanzia ed a quella elementare, quindi in età prescolare e scolare. Pertanto l'art. 19 dello Statuto di autonomia non dovrebbe essere modificato; la sua applicazione pratica ed attuazione sono al contrario compiti dell'Esecutivo e potrebbero tenere presente condizioni quadro modificate. I tre modelli scolastici (tedesco, italiano e ladino) debbono essere mantenuti ed i genitori debbono continuare ad avere il diritto di decidere quale scuola frequenteranno i propri figli.

Come alternativa rispetto ai tre modelli scolastici classici dovrebbe essere creata "un'offerta aggiuntiva" della scuola plurilingue. Questo è anche l'auspicio di molte famiglie „mistilingui“ (a cui viene opposto che essi costituiscono solo l' 1,6% della popolazione sudtirolese). Tale offerta aggiuntiva „dell'insegnamento plurilingue“ dovrebbe diventare realtà se vi fosse sufficiente domanda e non dovrebbe essere introdotta al posto dell'offerta dell'insegnamento nella

madrelingua. Una modifica dell'articolo 19 dello Statuto di autonomia lo permetterebbe. Viene obiettato che una modifica dell'art. 19 dello Statuto di autonomia non è necessaria, poiché una simile offerta supplementare potrebbe essere disciplinata dall'Esecutivo.

Viene osservato che è impossibile creare un'offerta di scuole plurilingui in periferia. Inoltre viene osservato che "un'offerta aggiuntiva" non è necessaria per apprendere le lingue straniere in misura sufficiente. È importante ripensare i metodi dell'insegnamento linguistico. In Europa, eccetto alcuni pochi casi, non vi sono quasi scuole plurilingui. Nelle scuole deve essere migliorata la qualità generale dell'insegnamento delle lingue straniere. L'insegnamento della seconda lingua dovrebbe essere impartito in modo più incisivo per "l'uso orale", poiché nonostante le molte ore d'insegnamento nella seconda lingua, le studentesse e gli studenti mostrano insufficienti conoscenze linguistiche. Debbono essere utilizzate anche offerte aggiuntive come ad es. i corsi linguistici telematici. È importante creare dei "livelli linguistici" e dare alle studentesse ed agli studenti la possibilità di interagire. Anche nel Belgio plurilingue esistono prevalentemente scuole monolingui e ciò funziona bene. Gli esempi di Aosta o dell'Alsazia, in cui vi sono scuole bilingui, sono piuttosto dubbi. Lì vi è uno sviluppo linguistico negativo, irreversibile. Per questo motivo bisognerebbe essere cauti nello „sperimentare,,.

In linea di massima vale il principio che tanta più autonomia possiede l'Alto Adige/Südtirol (competenze primarie), tanto più magnanime dovrebbe essere questa provincia nel gestire il tema del plurilinguismo. Per la provincia è indispensabile ottenere la competenza primaria in tutto il settore scolastico (personale/trattamento giuridico degli insegnanti; norme di tutela del lavoro e orario di lavoro settimanale nel settore della formazione professionale; riconoscimento dei diplomi; criteri di valutazione; etc.).

È positivo il fatto che secondo uno studio già il 70% delle aziende sudtirolesi viva il plurilinguismo (vedi anche Libera Università di Bolzano). È però preoccupante che il 50% degli intervistati indichi di aver difficoltà ad esprimersi nell'altra lingua provinciale. In generale è pertanto importante che il bilinguismo venga garantito e promosso nelle scuole.

Una proposta concreta per ciò che attiene il settore scolastico è la creazione di un assessorato comune relativo al settore scolastico e culturale. Possono essere ipotizzate anche graduatorie comuni.

Viene inoltre citato il fatto che i migranti dai Paesi extracomunitari che hanno più di 16 anni di età e fanno ingresso per la prima volta nel territorio italiano, debbono apprendere la lingua italiana entro due anni (prorogabile di un ulteriore anno) sulla base della sottoscrizione di un cosiddetto accordo di integrazione con lo Stato italiano. In Alto Adige/Südtirol la lingua tedesca dovrebbe essere equiparata a quella italiana e dovrebbe essere possibile sostenere il test conclusivo anche in lingua tedesca.

Inoltre viene fatto presente che la Convenzione dei 33 dovrà parlare esaurientemente della situazione dei ladini nel corso dei suoi lavori.

2. Allegati

- Decreto legislativo n. 354/1997
- 2° Statuto di Autonomia: DPR n. 670/1972
- Disegno di legge n. 67/2015 di iniziativa consiliare